



## Freiheit und Solidarität sind unteilbar

### Referat von Christian Levrat, Präsident SP Schweiz

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Cher-e-s camarades, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, liebe Genossinnen und Genossen,

Nach den Diskussionen in den letzten Wochen ist es höchste Zeit, dass wir uns zum Parteitag treffen. Herzlich willkommen! Zuerst möchte ich euch danken, dass ihr euch Zeit genommen habt. Zeit, Anträge zu stellen, die Dokumente zu lesen, über die wir diskutieren werden, und vor allem uns in diesen zwei Tagen zu begleiten. Eure Präsenz hier, aber auch während des ganzen Jahres, zeigt besser als alle Reden eure Verbundenheit – die Verbundenheit von allen hier im Saal, ausnahmslos – mit den gemeinsamen Werten der Linken.

Links sein heisst nicht, mit militärischer Disziplin Einheit zu zelebrieren. Links sein heisst, Gewissheiten zu hinterfragen und bereit zu sein, unter Freunden Dinge klar und schonungslos zu sagen. Links sein heisst auch, dass wir es schätzen, wenn verschiedenste Standpunkte und Meinungen unverblümt geäussert werden. Links sein heisst zu wissen, dass man gemeinsam handeln muss, vorher aber zusammen über Ziele nachdenken soll – und über die Mittel, um diese zu erreichen. Genau das ist die Absicht der Dokumente, die wir euch zur Wirtschaftsdemokratie, zur Europapolitik und zu den Strukturreformen unserer Partei vorlegen. Danke, dass ihr bis morgen Nachmittag hier seid und unsere Debatten bereichert.

Doch bevor wir uns in unsere Themen stürzen, lasst mich ein paar allgemeine Worte sagen, weil ich denke, dass das wichtig ist.

### **In Europa weht der eisige Wind des Nationalismus**

Genossinnen und Genossen,

Wie viele von euch bin auch ich beunruhigt. Wenn ich schlecht schlafe, ist es, weil in Europa und in der Welt ein eisiger Wind weht: Blocher in der Schweiz, Orban in Ungarn, Farage und Johnson in Grossbritannien, Trump in den USA, morgen Hofer in Österreich und Grillo in Italien, in ein paar Monaten vielleicht Le Pen in Frankreich.

Die Populisten und Nationalisten streuen überall das Gift des Hasses. Ihr Gegner sind immer die gleichen: die berühmten «Eliten», eine krude Mischung von Politikern der Linken und der Rechten, Intellektuellen und Forschenden, Wirtschafts- und Gewerkschaftsführern, Journalisten und Beamten.

Diesen Mythos der manipulativen und abgehobenen Elite schlachten die Populisten gnadenlos aus. Sie stellen sich als einzige Vertreter eines angeblichen Volkswillens dar. Ich erinnere an den Slogan von 2011: «Schweizer wählen SVP». Dass Berlusconi, Trump und Blocher Milliardäre sind, seit Jahrzehnten an den Schalthebeln der Macht sitzen und der Inbegriff des Establishments sind, scheint keine Rolle zu spielen.

Den Rest erledigen niveaulose und wiederholte Angriffe gegen Migranten, gegen emanzipierte Frauen, gegen Schwarze, Muslime und Homosexuelle – gegen all jene, die das Pech haben, nicht beim grossen nationalistischen Umzug mitmarschieren zu dürfen. Unsere Gesellschaften sind tief gespalten, Misstrauen ersetzt das Miteinander, Konfrontation den Konsens. Der gesellschaftliche Friede ist bedroht, das merkt man. Und unsere Institutionen haben Mühe, darauf zu antworten.

Die globalen Mechanismen, die seit 70 Jahren den Frieden auf unserem Kontinent sichern, sind labil, viel labiler als wir denken. Die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK wird durch autoritäre Staaten wie die Türkei oder Ungarn in Frage gestellt. Aber auch jene Leute in der Schweiz, die Bewunderung für Autokraten jeder Art zeigen, machen sich mitschuldig. Der Internationale Strafgerichtshof ist nach dem Austritt verschiedener afrikanischer Unterzeichnerstaaten in der Krise. Das globale System für Frieden, verkörpert vom UNO-Sicherheitsrat, scheint unfähig, auf die Kriegsgräuere in Syrien eine Antwort zu finden. Und die Genfer Konventionen, die für minimale Humanität in Kriegszeiten bürgen, drohen zu Papiertigern zu werden.

Die Unfähigkeit der EU, auf die Finanz- und Migrationskrisen eine Antwort zu finden, sollte in der Schweiz niemanden freuen. Europa ist nicht in der Krise, Europa kämpft ums Überleben. Und wir sind im gleichen Boot und den gleichen Stürmen ausgesetzt. Der Brexit ist Zeichen einer Identitätskrise, welche die Schweiz nicht verschont. Wir wollten das soziale Europa von Delors - wir erhielten Barroso und Goldmann Sachs. Wir wollten ein Europa des Asyls aufbauen, einen Hort der Menschenrechte - doch wir lassen Tausende Männer, Frauen und Kinder im Mittelmeer ertrinken. Wir wollten ein Europa als Synonym für religiöse Toleranz und Respekt allen Minderheiten gegenüber - doch wir hören immer lautere Rufe, sich gegen den Islam zu verbarrikadieren.

### **Freiheit, Gleichheit, Solidarität**

Meine Freunde, das ist beunruhigend. Umso mehr als manche Leute noch Öl ins Feuer giessen. Wenn der Präsident der CVP sagt, dass die Identität unseres Landes ausschliesslich christlich sei, dass der Islam hier keinen Platz habe und dass die christlichen Werte über allen anderen stünden, dann hat er in Geschichte wohl einen Fensterplatz gehabt. Die Menschenrechte, der Rechtsstaat und die direkte Demokratie haben sich gegen die Widerstände der Kirche durchgesetzt, nicht mit ihr.

Vor allem aber relativiert er die Universalität unserer Grundrechte und Freiheiten: **Wenn wir die Freiheit des Arbeiters gegen den Chef verteidigen, die Freiheit der Frau gegen ihren Peiniger, jene des schwarzen Kindes gegen Rassisten, jene der Schwulen und Lesben gegen Homophobe, dann deshalb, weil Menschenwürde, Gleichheit und Freiheit universelle Werte sind.** Wenn wir den Rechtsstaat gegen das türkische Regime verteidigen und die Demokratie gegen die chinesische KP, dann geschieht das nicht im

Namen des Christentums, auch wenn das Gerhard Pfister missfallen mag, sondern im Namen der Menschlichkeit. **Und diese Kämpfe müssen wir alle miteinander führen, denn weder Freiheit noch Solidarität sind teilbar. Sie sind entweder für uns alle da oder sie verschwinden für alle.**

Ich teile gewisse religiöse Überzeugungen mit meinen christlich-demokratischen Freunden. Gerade darum sage ich ihnen: Es ist nicht ehrenvoll, sich mit jenen Brandstiftern zu verbünden, die unter dem Vorwand, unseren Glauben zu schützen, bei jeder Gelegenheit den Islam angreifen: Ein Burkaverbot wird keine einzige Frau befreien, ein Moscheebauverbot wird unsere Kirchen nicht füllen, ein Verbot für Halal-Fleisch wird unsere Ernährung nicht verbessern.

Natürlich sind wir nicht naiv: Es gibt den politischen Islam, der einen Plan verfolgt, welchen wir entschlossen bekämpfen müssen. Aber machen wir es richtig und nicht mit dummen, symbolischen Erlassen. Der Staat muss der Religionsfreiheit Grenzen setzen, die gleichen für alle Religionen: Ausbildung der Priester, Pfarrer und Imame; öffentliche und lokale Finanzierung der Kultstätten; Einhaltung aller Grundrechte und -freiheiten durch alle religiösen Gemeinschaften.

Auf die Falle der kulturellen Konfrontation muss man mit sachlicher Entschlossenheit des Staates antworten. Und nicht mit der angeblichen Überlegenheit des christlichen Abendlands. Den Islamisten, welche die Gesetze von Allah über jene des Staates stellen wollen, den katholischen Fundamentalisten, welche die Gesellschaft nach den Werten des Himmels organisieren wollen, muss man die gleiche Antwort geben: Nein! Wir haben Jahrhunderte gebraucht, um den konfessionellen und gesellschaftlichen Frieden zu sichern, Aufklärung und Demokratie haben Europa nach dem blutigen Schrecken des Krieges geformt. Wir lassen nicht zu, dass ihr unsere Freiheiten einschränkt, dass ihr den Geist der Öffnung und Toleranz torpediert, dank dem wir auf diesem Kontinent miteinander in Frieden leben können. Die Parole vom Kampf gegen den Terrorismus darf nicht dazu dienen, die Menschenrechte und unsere Freiheiten in Frage zu stellen.

Genössinnen und Genossen,

Als ich vor einigen Jahren Parteipräsident wurde, hätte ich eines nicht gedacht: Dass ich jemals in der Schweiz die Universalität der Menschenrechte gegen jene verteidigen muss, die sie zu einer unverbindlichen kulturellen Ausdrucksform herabstufen wollen; dass ich die Vielfalt als eine der grundlegenden Bausteine der Identität unseres Landes verteidigen muss.

Wie kann man so blind sein um nicht zu sehen, dass die Vielfalt der Lebensläufe, der Sprachen, der Religionen, der Rassen, der Farben, der sexuellen Orientierungen, der Kulturen zur Schweiz gehört? Dass diese Vielfalt und die natürliche Toleranz, die sie begleitet, dass dies alles die schweizerische Identität ausmacht? Heute, meine Freunde, ist die Hauptaufgabe die Verteidigung dieser Vielfalt. Wir müssen bekräftigen, dass Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit unteilbare Werte sind. Dass es keine Option ist, den Schweizer Arbeitnehmer und den Immigranten gegeneinander auszuspielen. Dass eine Gleichstellung von Mann und Frau nur Sinn macht, wenn man im gleichen Atemzug die Homophobie bekämpft. Dass die Religionsfreiheit der Katholiken nur leiden würde, wenn

man die Muslime diskriminiert. Und dass wir für die Verteidigung unserer nationalen Identität deren starke Vielfalt unterstreichen müssen.

## **Der Klassenkampf findet von oben her statt**

Genossinnen und Genossen,

Kommen wir zum heutigen Parteitag. Ich habe gelesen oder gehört, dass wir den Klassenkampf wollen. Schaut mal kurz euren Nachbarn zur Linken, eure Nachbarin zur Rechten an. Sehen sie aus wie Revolutionäre? Sehen sie aus wie Barrikadenkämpfer, die unsere Ordnung gewaltsam auf den Kopf stellen wollen, wie es 1870 in Paris geschah? Niemand ist so naiv, sich solche Hirngespinnste auszumalen. Weder ich noch ihr.

Doch ebenso naiv ist es, verneinen zu wollen, dass es unterschiedliche soziale Gruppen gibt. Und eine Konkurrenz unter ihnen. Ebenso dumm ist es, jede Überlegung als veraltet abzutun, die das kapitalistische System überdenken und es durch eine gerechtere, sozialere und solidarischere Wirtschaft ersetzen will. **Denn, Genossinnen und Genossen, der gegenwärtige Klassenkampf wird nicht von entfesselten Arbeitern geführt, die durch die Strassen von Detroit, Kalkutta oder Johannesburg ziehen. Er wird von den feudalen Büros der Multis und der Hochfinanz in New York, Singapur, Dubai und Genf aus geführt.** Und mit Komplizenschaft der rechten Regierungen.

Er findet von oben nach unten statt. Das sage nicht ich, das sagt Warren Buffet, einer der globalen Finanzgurus: **«Actually there's been class warfare going on for the last 20 years, and my class has won. We're the ones that have gotten our tax rates reduced dramatically»**. Dem gibt es nichts hinzuzufügen, da ist für einmal alles gesagt. Ich könnte höchstens lächeln, wenn ich höre, dass man diese Realität verbergen oder sie gar verleugnen soll, weil sie zu wenig modern und zu wenig sexy sei, um neue Wählerinnen und Wähler zu überzeugen. Marketing, Genossinnen und Genossen, ist kein Ersatz für eine ernsthafte Analyse der Stärkeverhältnisse in der heutigen Wirtschaftswelt.

In der Schweiz findet das grosse Kräftenessen bei der Unternehmenssteuerreform III statt. Ein riesiger Bschiss zu Lasten der Mittelschichten. Wenn die Warren Buffets (bei uns heissen sie Thomas Matter, Magdalena Martullo-Blocher oder Christian Lüscher) unseres Landes als Sieger hervorgehen, dann genau wegen solchen Reformen. Für reiche Aktionäre gilt: «Falls euch die zweite Unternehmenssteuerreform, die uns einen Verlust von 10 Milliarden bescherte, gefallen hat, dann werdet ihr die dritte lieben».

Niemand bestreitet die Notwendigkeit, den Sonderstatus der internationalen Firmen aufzuheben, aber warum muss diese Reform ein Festival obszöner Steuergeschenke sein? Hier eine Auswahl: Abzug von fiktiven Zinsen auf nicht existierende Schulden; Abzug von Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 150%; Abzug von Lizenz- und Patenterträgen. Das Ganze kostet insgesamt 3 Milliarden für Bund, Kantone und Gemeinden. Damit ihr euch eine Vorstellung machen könnt: Unsere Genossin Florence Germond hat berechnet, dass in Lausanne eine Firma, die eine Million Franken verdient, gleich viele Gemeinde- und Kantonssteuern zahlt wie ein Paar mit einem Einkommen von 80'000 Franken.

Die USR III wird noch ungerechter und dramatischer, wenn man die Kürzungen im Sozialwesen, in der Bildung, beim Verkehr und in der Entwicklungshilfe bedenkt, welche die rechte Mehrheit durchdrückt, um die Reform zu finanzieren. Geschenke für Unternehmen, zusätzliche Ausgaben für Armee, Strassen, Landwirtschaft, und das Ganze auf dem Buckel der Schwächsten. Genug, um vielleicht nicht von Klassenkampf zu reden, aber zumindest von Bschiss, von einer gigantischen Umleitung unserer Steuergelder, um die Klientel unserer politischen Gegner zufriedenzustellen. Genug, um zur Mobilisierung aufzurufen und das obszöne Projekt USR III am 12. Februar an der Urne zu versenken.

Die USR III werden wir gemeinsam – oder fast – bekämpfen. Das Papier zur Wirtschaftsdemokratie, hingegen, so habe ich lesen können, soll grosse Lücken aufweisen. Es gehe zu wenig auf die Globalisierung und die zunehmende Dominanz des Finanzmarkts ein. Es behandle die Fragen im Zusammenhang mit der technologischen Entwicklung und den Folgen der Digitalisierung nur indirekt. Es streife Umweltfragen nur am Rande. Da lautet meine Antwort: Ja, das ist durchaus so. Deshalb haben wir auch beschlossen, unser Wirtschaftsprogramm von 1994 und 2006 umfassend zu reformieren, wie wir das in der Einleitung zur Wirtschaftsdemokratie geschrieben haben.

### **Mehr Demokratie auch am Arbeitsplatz**

Die Ambitionen des Papiers, das wir heute diskutieren, sind einfacher: Wir suchen Wege, um etwas mehr Demokratie in unsere Wirtschaft zu bringen. Nicht mehr und nicht weniger. Das Papier ist in einer Reihe mit Positionspapieren zu Steuern, zum Internet und zur Industriepolitik zu sehen. Auch diese waren fundiert, aber nicht erschöpfend. Aber wir haben darüber diskutiert und haben sie verabschiedet. Sie waren wertvoll und lenken noch heute unsere tägliche Arbeit. Warum sollten wir also nicht gleichzeitig auf drei Ebenen arbeiten können? Allgemein mit der angekündigten Revision unseres Wirtschaftsprogramms; spezifisch mit dem Papier zur Demokratisierung der Wirtschaft heute; konkret mit unserem täglichen Einsatz für ältere Arbeitnehmende – um nur ein Beispiel zu nennen. Das eine schliesst das andere nicht aus.

Es ist richtig, den Schwerpunkt auf die Selbstbestimmung der Angestellten am Arbeitsplatz zu legen. **Wir leben in einer Welt, in der die Menschen selbst über ihr Schicksal bestimmen wollen – und das zu Recht. Sie wollen mitentscheiden können: Als Wählerinnen, als Konsumenten, als freie Bürger.** Niemand will sich mehr vorschreiben lassen, welches Familienmodell das Richtige ist – zu Recht. Und ausgerechnet im Beruf sollen wir auf jegliche Mitsprache verzichten?

Wir verbringen kaum irgendwo mehr Zeit als am Arbeitsplatz. Da ist es doch völlig legitim, dass ich dort mitentscheiden und mitreden möchte, denn diese Entscheidungen beeinflussen mein Leben ganz direkt. Es geht also um mehr Demokratie – für mich ist das weder radikal noch utopisch. Es ist umso weniger utopisch, als unsere Standpunkte auf bekannten Erfahrungen beruhen: In Deutschland geht es um die Einsitz der Angestellten in den Verwaltungsräten der Firmen, in der Schweiz um die Verteidigung des Service public oder die Förderung alternativer Unternehmensformen. Und ich muss glaub nicht daran erinnern, dass auch grosse Unternehmen wie Migros, Coop oder Mobiliar als Genossenschaften organisiert sind.

Das Dokument, das wir euch vorlegen, ist nicht umfassend, das ist gewollt. Wir werden weiter am Thema arbeiten, ihr alle dürft mitwirken. Es ist nicht revolutionär. Es ist keine marxistische Streitschrift, sondern in der Reformtradition der Sozialdemokratie der letzten Jahrzehnte zu sehen, wie sie am letzten Parteitag in Lausanne bestätigt wurde. Einige von euch möchten mit einem Rückweisungsantrag diese Tradition umstossen und uns zwingen, das Konzept der sozialen Marktwirtschaft als ideologischen Kompass aufzunehmen. Die «soziale Marktwirtschaft» ist ein vages Konzept, das durch die CDU in den 50er-Jahren geprägt und jüngst beim Vertrag von Lissabon als Kompromiss von der Europäischen Union wieder hervorgeholt wurde.

Liebe Freunde, ich glaube nicht, dass CDU-Rezepte der 50er-Jahre dazu beitragen, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. Ich glaube auch nicht, dass diese Idee der Tatsache Rechnung trägt, dass wir uns in den meisten Branchen gar nicht mehr in einer Marktwirtschaft befinden. Sondern wir befinden uns in einem extrem Finanzmarkt-orientierten und globalisierten kapitalistischen System, das von Oligopolen beherrscht wird. Darum bin ich überzeugt, dass die Sozialdemokratie einen neuen Weg suchen muss, der den Menschen ins Zentrum der Wirtschaft stellt. Ein Weg, der ihm die Mittel gibt, um in Würde zu leben und der dem legitimen Anspruch auf Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie auch am Arbeitsplatz gerecht wird.

Ich lade euch deshalb mit einem gewissen Nachdruck dazu ein, die reformistische und mutige Linie unserer Partei beizubehalten und den Rückweisungsantrag abzulehnen. Aber wir werden gleich darüber diskutieren, und ich freue mich darauf, euch zu hören. Der Entscheid ist wichtig, denn er legt den Horizont der Sozialdemokratie fest, ihren Anspruch, ihren Horizont, ihr reales Ziel.

## **Den Nationalisten und Populisten entgegentreten**

Genossinnen und Genossen,

Ein eisiger nationalistischer Wind über Europa, dunkle Wolken über der Schweiz - es braucht einen Unterschlupf, eine Hoffnung, die gestärkt werden muss. Die SP ist diese Hoffnung. Wie die meisten unserer Schwesternparteien in Europa kämpfen wir gegen den Aufstieg der extremen, populistischen und nationalistischen Rechten. Wir machen es vielleicht schon etwas länger als andere. Und wir kennen den Preis, den man in diesem Kampf manchmal zahlen muss, den Preis, dass einige Wählerinnen und Wähler es nicht verstehen, wenn wir unsere Grenzen nicht für Migranten schliessen wollen, wenn wir eine offene und gesunde Zusammenarbeit mit der Europäischen Union verteidigen und uns weigern, unsere Freiheiten dem «Kampf gegen den Terror» zu opfern.

Lasst mich dazu mal eines klarstellen: Wenn die Medien schreiben, die SP würde Wählerinnen und Wähler an die SVP verlieren, dann stimmt das nicht. Bei den letzten drei Wahlen – 2007, 2011 und 2015 – gab es kaum Verschiebungen zwischen SP und SVP. 2015 hat sogar keine andere Partei prozentual weniger Wählerinnen und Wähler an die SVP verloren als wir.

Aber gewisse bürgerliche Medien können nicht zugeben, dass die SP Erfolg hat. Ihre politische Agenda lässt das nicht zu. Ein Beispiel: Wir haben am letzten Wochenende

Wahlen gehabt. Ich möchte euch die Titel der NZZ am letzten Montag zeigen. Es sind fünf Artikel auf einer einzigen Seite. Die Zeitung schreibt:

*«Alec von Graffenried schlägt Ursula Wyss», statt «Die Berner Linke überfährt eine desorganisierte Rechte»*

*«Bürgerliche schaffen Wende in Basel nicht», statt «Die SP dominiert die Basler Wahlen, die Rechte rettet ihren Sitz nur knapp gegen die äusserste Linke»*

*«CVP verliert Stadtratssitz in St. Gallen», statt «Zum ersten Mal in der Geschichte eine linke Mehrheit in St. Gallen»*

Und mein Liebling: *«SVP-Angriff scheitert in Freiburg»* statt *«Eklatanter Sieg der Linken, die im zweiten Wahlgang trotz einer grossen Allianz der Rechten alle drei Kandidierenden durchbringt»*. Bon... dieser Titel ist zu lang, aber er freut mich derart, dass ich ihn so ausführlich haben wollte.

Der einzige richtige Titel, leider, betraf den Aargau mit *«SVP-Newcomerin macht das Rennen»*. Aber auch hier hätte ich eher getitelt: *«Die Mitte präsentiert eine Alibi-Kandidatur und ermöglicht so den Sieg der SVP»*.

Auch wenn es den Hütern des liberalen Tempels an der Falkenstrasse und einigen ihrer Kolleginnen und Kollegen nicht gefallen mag: Die SP hatte ein mehrheitlich gutes Jahr. Die Partei hat in fünf von acht Wahlen zugelegt und in den drei anderen nur marginal verloren. Noch auffälliger sind unsere Erfolge in den urbanen Zentren Lausanne, Luzern, Bern, Basel, St. Gallen - und in ermutigender Weise in Kleinstädten wie Burgdorf, Langenthal, Langnau, Gossau, Rorschach oder im Wallis.

Wir sind auf gutem Wege, Genossinnen und Genossen. Klar positioniert, gut lesbar und die einzige alternative Kraft, welche die bürgerliche Mehrheit stoppen kann. Aber es bleibt sehr viel zu tun. Mit Ausnahme des Europadossiers und vielleicht der Altersvorsorge 2020 fährt die Rechte wie eine Dampfwalze alles nieder, zerschlägt den Service public und verlässt sich auf den Markt, um die Probleme des Gesundheitssektors zu regeln. Sie betreibt eine unwürdige Klientelpolitik, die im Steuerbschiss am Mittelstand gipfelt, den wir im Februar mit Freude ablehnen werden.

## **2019 kippen wir die politischen Mehrheitsverhältnisse im Bundeshaus**

Da ich morgen zur Wiederwahl antrete, müsste ich euch eine glänzendere Zukunft versprechen. Aber trotz unserer jüngsten Erfolge: Das Klima in der Schweiz hat sich verhärtet, materiell und politisch ganz sicher. **Aber ich glaube auch, dass wir auf eine Konfrontation zur Frage der Werte und der Grundlagen einer offenen, inklusiven Gesellschaft, für die wir uns seit Jahrzehnten einsetzen, zusteuern.** Natürlich verspreche ich euch nicht Blut und Tränen. Aber einen aufkommenden Sturm. Auf alle Fälle eine ernsthafte Auseinandersetzung mit unseren konservativen politischen Gegnern, welche die Rückkehr eines christlich dominierten und ein bisschen autoritären Modells gegen die Schweiz der Vielfalt, an die wir glauben, wollen. Und die Fortsetzung der heftigen Debatten,

die wir mit allen neoliberalen Kräften führen, um der Konzentration der Ressourcen von allen bei einigen wenigen ein Ende zu setzen.

Liebe Freunde, wenn ich euch morgen auffordere, den Kampf aufzunehmen, unsere Anstrengungen fortzusetzen und zu verstärken, dann deshalb, weil ich überzeugt bin, dass die Schweiz und Europa mehr denn je eine klar denkende und kämpferische Sozialdemokratie brauchen. Weil ich das Gefühl habe, dass wir uns einer historischen Wende nähern, dass die nächsten Jahre entscheidend sein werden für das Zusammenleben, das wir in Europa aufgebaut haben. Und weil ich sicher bin, dass die SP Schweiz in dieser Debatte eine wichtige Rolle spielt, dass sie heute zu den glaubwürdigsten Fürsprechern gegen den Abbau des Friedens- und Solidaritätsgebäudes zählt, das uns unsere Eltern vererbt haben.

Natürlich können wir allein die Ausweitung der Populismen und Nationalismen in Europa nicht stoppen. Aber wir können dazu beitragen, zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften unseres Landes und anderswo. Die Zeit ist gekommen, um angesichts der wachsenden Gefahren unsere Differenzen zu begraben. Um klar zu sagen, dass die Vielfalt unseres Landes im Zentrum seines Erfolges steht, nicht das nationalistische, kulturelle oder religiöse Sektierertum. Die Zeit ist gekommen, um unsere Partei zur Antreiberin einer sozialeren und solidarischeren Wirtschaft zu machen, statt die bestehende Ordnung schön zu reden. Um sie zu einer Verfechterin der Freiheiten - aller Freiheiten - und aller Minderheiten zu machen. Und um 2019 die Mehrheiten der Rechten in den eidgenössischen Kammern zu kippen und eine andere Art der Politik zu machen.